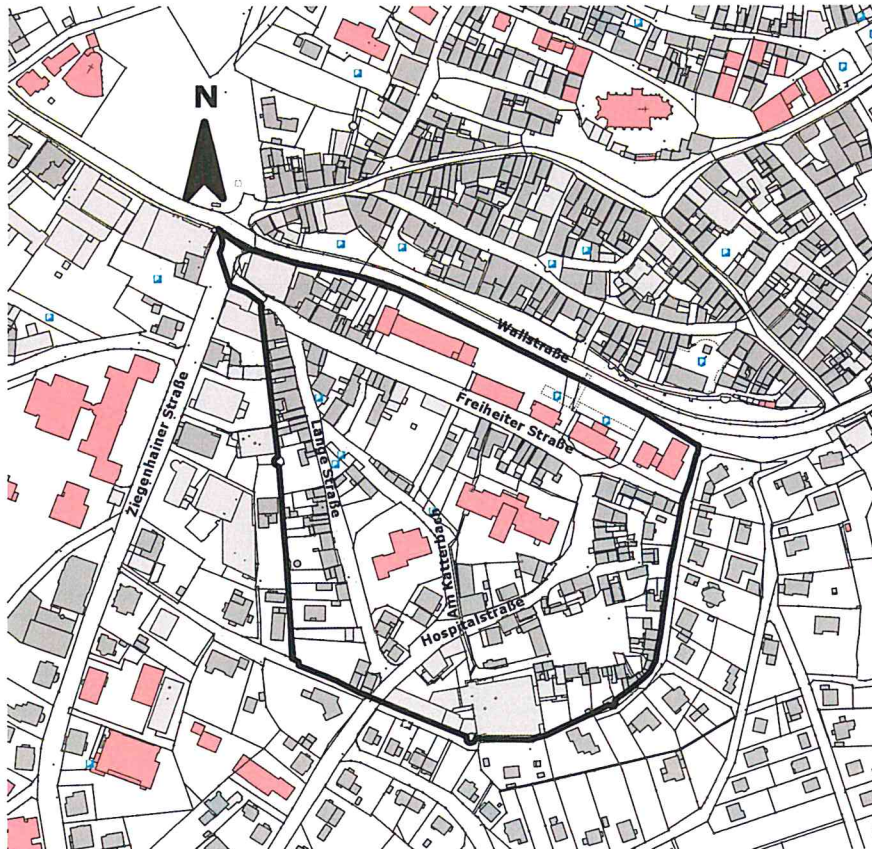


BEKANNTMACHUNG

Aufstellung einer Änderung Nr. 3 zum Bebauungsplan Nr. 23/4 der Kreisstadt Homberg (Efze für die „Freiheit“; hier: Schlussbekanntmachung

Die Stadtverordnetenversammlung der Kreisstadt Homberg (Efze) hat am 15. Februar 2018 mit Beschluss Nr. 4 das Ergebnis der öffentlichen Auslegung zur Kenntnis genommen und danach die Änderung Nr. 3 zum Bebauungsplan Nr. 23/4 als **Satzung** beschlossen.



Vervielfältigung und Veröffentlichung genehmigt durch Hess. Landesvermessungsamt, Wiesbaden, unter Az.: K 5401 B-LA 3 / Verv. Nr. 86-1-034 am 20.02.1986.

Gegenstand: Aufstellung einer Änderung Nr. 3 zum Bebauungsplan Nr. 23/4 der Kreisstadt Homberg (Efze) für die „Freiheit“;
hier: Abwägung über die während der öffentlichen Auslegung gem. § 3 (2) BauGB und Beteiligung der Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB eingegangenen Stellungnahmen und Satzungsbeschluss

pp.

Beschluss: pp.

Es wird der Satzungsbeschluss gefasst.

Der Bebauungsplan und die dazugehörige Begründung können in der Bauverwaltung, Obertorstraße 1, Zimmer Nr. 112 während den allgemeinen Dienststunden (Montag bis Freitag von 07.00 Uhr bis 12.30 Uhr, Montag und Dienstag von 13.30 Uhr bis 16.00 Uhr, Mittwoch von 13.30 Uhr bis 15.30 Uhr und Donnerstag von 13.30 Uhr bis 18.00 Uhr) von jedermann eingesehen werden. Jedermann kann über den Inhalt des Bebauungsplanes und der Begründung auch Auskunft verlangen.

Mit dieser Bekanntmachung tritt der Bebauungsplan in Kraft.

Der Bebauungsplan wurde im vereinfachten Verfahren gem. § 13 BauGB durchgeführt. Im vereinfachten Verfahren wird von der Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 und von dem Umweltbericht nach § 2 a und von der Angabe nach § 3 Abs. 2 Satz 2, welche Arten umweltbezogener Informationen verfügbar sind, abgesehen.

Es wird darauf hingewiesen, dass die Verletzung der in § 214 des Baugesetzbuches, in der derzeit gültigen Fassung, bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften dann unbeachtlich ist, wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit dieser Bekanntmachung schriftlich gegenüber der Gemeinde geltend gemacht worden ist. Der Sachverhalt, der die Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften oder den Mangel der Abwägung begründen soll, ist darzulegen.

Auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 sowie Abs. 4 des Baugesetzbuches, in der derzeit gültigen Fassung, über die Entschädigung von durch den Bebauungsplan eintretenden Vermögensnachteilen sowie über die Fälligkeit und das Erlöschen entsprechender Entschädigungsansprüche wird hingewiesen.

Homberg (Efze), den 23.02.2018

Der Magistrat
- Bauleitplanung/Klimaschutz FB II/1-



Dr. Nico Ritz
Bürgermeister